

Sperrfrist bis 30. November 2023, 12 Uhr Mittags.

P. Dr. Jörg Alt SJ: Einlassung zu den gegen mich gerichteten Vorwürfen

Sehr geehrter Richter Pucher,

Ja, ich habe mich am 16. August 2022 um 100 Sekunden vor 12 Uhr, gemeinsam mit Aktivistinnen und Aktivisten von Extinction Rebellion und der Letzten Generation mit meiner linken Hand auf dem Nürnberger Altstadttring festgeklebt, auf der Straßenseite, die dem Handwerkerhof am nächsten lag. Ich habe dies als Jesuit und Ordenspriester getan und sehe es als Konsequenz und Ausfluss einer Gewissensentscheidung sowie meiner jahrzehntelangen pastoralen, wissenschaftlichen und advokatorischen¹ Befassung mit den Themen soziale Gerechtigkeit, Umwelt und Nachhaltigkeit an.

Ging es bei meinem Containern von Lebensmitteln im Dezember 2021 um eine Agrarwende, so beteiligte ich mich mit dieser Aktion an einer Demonstration für eine Verkehrswende.

Warum macht ein Jesuit und Ordenspriester so etwas? Die kurze Antwort ist: Mir fällt nichts problemangemesseneres mehr als Ziviler Widerstand ein, um auf die Klimakatastrophe und das unzulängliche, gar absichtlich rechtsbrüchige Handeln politischer Verantwortungsträger aufmerksam zu machen.

Ich möchte in meiner Einlassung erläutern, warum ich mich trotz anfänglicher Zweifel an der Wirksamkeit von Straßenblockaden zu einer Teilnahme durchgerungen habe und wieso ich der Auffassung bin, dass ich so am angemessensten auf einen, aus meiner Sicht, vorhergegangenen Rechtsbruch durch Verkehrsminister Wissing aufmerksam machen konnte.

Von Skepsis zum Tun: Mein Weg zur Straßenblockade

Lange Zeit war ich skeptisch, ob Straßenblockaden ein geeignetes Protestmittel sind, da auch ich Abwehr und Polarisierung in der Bevölkerung befürchtete.

Aber:

Zuerst wurde ich in meiner Überzeugung irritiert, als die Jesuiten im Globalen Süden über diese disruptive Methode begeistert waren. Zu Beginn der ersten Straßenblockaden durch die Letzte Generation Anfang 2022 sagte Pater Charles Chilufya, Direktor des Justice & Ecology Office der Jesuitenkonferenz von Afrika und Madagaskar, in einem Solidaritätsstatement:

Wir ... begrüßen und unterstützen das mutige Engagement so vieler junger Menschen in ganz Deutschland für Klimagerechtigkeit. Durch ihre heutigen Aktivitäten wurden die Autofahrer unterbrochen ... und viele von ihnen werden ihr Ziel verspätet oder gar nicht erreichen. Gleichzeitig verblässen die Störungen, die diese gerechtfertigten Akte des zivilen Ungehorsams verursachen, im Vergleich zu denen, die der Klimawandel verursacht. ... Die jungen Menschen, die heute deutsche Straßen blockieren, stehen an unserer Stelle.

Der volle Wortlaut des Solidaritätsstatements auf Englisch ist der Einlassung angefügt (Anlage 1).

Sehr verärgert war ich sodann, als am 13. Juli 2022 die Klima-Sofortprogramme der Bundesministerien für Bau und Verkehr veröffentlicht wurden. Es war deutlich, dass vor allem der Verkehrsbereich seine Treibhausgas-Einsparungsverpflichtungen reißt, und dass Bundesminister Wissing sich weigert,

¹ Von englisch „Advocacy“ = Anwaltschaft, einer der drei Säulen der Arbeit des Jesuiten Flüchtlingsdiensts.

Sperrfrist bis 30. November 2023, 12 Uhr Mittags.

ein angemessenes Sofortprogramm vorzulegen, zu dem er nach dem damaligen Klimaschutzgesetz verpflichtet gewesen wäre.

Wieso unterstelle ich Bundesminister Wissing Gesetzesbruch?

Wieso bin ich nun der Meinung, dass Bundesminister Wissing wissentlich und willentlich gegen die Erfordernisse des Klimaschutzgesetzes verstoßen hat, sodass ich mich gedrängt sah, meinerseits mit einem Rechtsbruch dagegen zu protestieren?

Durch die Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens durch die Bundesregierung sowie die einstimmige Ratifizierung dieses Abkommens durch den Bundestag ist Deutschland verpflichtet, seinen Beitrag dazu zu leisten, die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad, zu halten.

Das erste Klimagesetz wurde vom Bundesverfassungsgericht als unzulänglich zerrissen und an die Bundesregierung zurückgeschickt. Das Bundesverfassungsgericht verpflichtete die Bundesregierung auf ein Klimaschutzgesetz innerhalb des noch verfügbaren CO2 Budgets und warnte vor einer Politik, die zu Lasten von Einschnitten in verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrechte künftiger Generationen geht. Konkret: Einsparungen haben jetzt, unverzüglich, sofort zu erfolgen.

Das entsprechend reformierte Klimagesetz verpflichtete deshalb jene Sektoren, die ihre Einsparungsziele nicht erreichen, zu Sofortprogrammen, um Versäumnisse in Grenzen zu halten (§ 8 Abs. 1 KSG).

Eine Verpflichtung, die im Übrigen durch eine Selbstverpflichtung der Ampel-Regierung in deren Koalitionsvertrag verstärkt wird. Auf S. 43 des Koalitionsvertrags wird zusätzlich bekräftigt, mithilfe eines sektorübergreifenden Sofortprogramms die deutschen Klimaziele erreichen zu können. Dort heißt es:

Wir werden das Klimaschutzgesetz noch im Jahr 2022 konsequent weiterentwickeln und ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen notwendigen Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen auf den Weg bringen... Alle Sektoren werden einen Beitrag leisten müssen: Verkehr, Bauen und Wohnen, Stromerzeugung, Industrie und Landwirtschaft.

Aber:

Das Sofortprogramm von Bundesminister Wissing macht deutlich, dass von „sofortigen Einsparungszielen“ nicht die Rede sein konnte. Eher handelte es sich um mittel- und längerfristige Instrumente. **Und dies, obwohl mit dem Tempolimit oder autofreien Sonntagen kostenlose, wirksame Instrumente zu einer sofortigen und signifikanten Treibhausgasreduktion zur Verfügung stehen würden.**²

Dies macht klar, dass Minister Wissing nicht etwa unwissentlich oder aufgrund höherer Umstände oder der Ermangelung von Mehrheiten an der Ausübung seiner gesetzlichen Verpflichtungen gehindert ist, sondern dass er sich schlicht und ergreifend nicht an die geltenden Gesetze halten wollte.

Die ZEIT überschrieb einen Artikel aus Juli 2023 zu diesem Sofortprogramm zutreffend mit „Der Verkehrsminister verweigert den Klimaschutz“.³

Dagegen wollte ich zügig protestieren.

² So z.B. diese Kritik am BMDV-Sofortprogramm zur Einhaltung der Klimaziele im Verkehr (17.7.2022) <https://www.elektroauto-news.net/news/starke-kritik-bmdv-sofortprogramm-einhaltung-klimaziele>

³ Sören Götz, 17.7.2023 <https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-07/volker-wissing-verkehrspolitik-klimaschutzgesetz-sofortprogramm>

Sperrfrist bis 30. November 2023, 12 Uhr Mittags.

Der Protest vom 16. August im Kontext der Vergeblichkeit anderer Mittel

Das ist jetzt gewöhnlich die Stelle, an der viele sagen: Halt! Es gibt doch andere Mittel im demokratischen Staat, mit denen man gegen Politikversagen protestieren kann. Ja, die gibt es. Sie sind aber dem Ernst der Lage nicht mehr angemessen.

Dass Veränderungen in Klima und Umwelt problematisch werden, ist schon seit Jahrzehnten ein Thema, nicht nur in meinen Vorträgen, Predigten oder Büchern,⁴ ohne dass es zu angemessenem Problembewusstsein oder Handlungen geführt hat. Ähnlich geht es jenen Wissenschaftlern, die seit Jahrzehnten vor den heraufziehenden Katastrophen warnen.

Der 4. April 2022 zwang mich zur Einsicht, dass wir so nicht weiter machen können. An diesem Tag legte die Arbeitsgruppe 3 des Weltklimarates ihren Beitrag zum 6. Sachstandsbericht vor. Dort hieß es: Wenn die Welt wirklich die 1,5 Grad-Grenze einhalten will, „dann dürften die CO₂-Emissionen maximal noch bis 2025 ansteigen und müssten danach schon bis 2030 um 43 Prozent zurückgefahren werden. Auch ein Drittel der Methan-Emissionen müsste vermieden werden.“⁵ Das sind noch drei Jahre. Aus diesem Grund reicht die Zeit nicht mehr, um mit herkömmlichen Protestmitteln, die Jahrzehntlang nicht die nötigen Schritte bewirken konnten, oder langwierigen gerichtlichen Klageverfahren ein dieser Notstandssituation angemessenes Vorgehen zu erreichen.

Dass wir bereits eine bedrohliche Notstandslage haben, sollte jedem klar und deutlich sein, der die zunehmend schrillen Warnungen der Wissenschaft versteht oder mit offenen Augen in die Welt schaut: Hitzerekorde, Dürren, Trinkwasserengpässe oder Überflutungen mehren sich. Auch in Deutschland. Ich gehe davon aus, dass dies hinlänglich gerichtsbekannt ist.

Deshalb kam es zu der Demonstration in Form eines angekündigten Aktes des Zivilen Widerstands des Bündnisses aus Extinction Rebellion, der Letzten Generation und mir, für eine wirksame Verkehrswende mit einem Sofortprogramm, das seinen Namen verdient.

Begrenzung und Begründung der Straßenblockade vom 16. August

Um einerseits den Alltag wirksam unterbrechen zu können und Schaden und Verärgerung möglichst gering zu halten, wurde im Vorfeld insbesondere auf ein Vierfaches geachtet:

1. Der Zeitraum, innerhalb dessen die Blockade stattfinden sollte, wurde zuvor per Pressemitteilung angekündigt und die Nutzung öffentlicher Transportmittel empfohlen. Diese Vorwarnung wurde medial auch aufgegriffen. Die Pressemitteilung und ein Bericht sind dieser Einlassung beigefügt (Anlagen 2 und 3).
2. Die Blockade war von uns her so gestaltet, dass U-Bahn, Straßenbahn und Busse nicht behindert wurden. Ich weiß aus der Ermittlungsakte, dass die VAG keine Notwendigkeit sah, den Straßenbahnen-Oberleitungsstrom abzustellen, d.h. alle Straßenbahnen hätten weiterfahren können. Warum dies unterbunden wurde, weiß ich nicht. Ebenso war die Blockade so

⁴ Einen kleinen Einblick in meine Tätigkeiten sowie die Themen meiner Vorträge, Predigten und Publikationen gibt meine Website <https://www.joergalt.de/>

⁵ <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/weltklimarat-ipcc-105.html> . Im Original: „In the scenarios we assessed, limiting warming to around 1.5°C (2.7°F) requires global greenhouse gas emissions to peak before 2025 at the latest, and be reduced by 43% by 2030; at the same time, methane would also need to be reduced by about a third.“ <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg3/resources/press/press-release>

Sperrfrist bis 30. November 2023, 12 Uhr Mittags.

angelegt, dass die Busse von der Blockade ungehindert hätten nach links abbiegen können. Warum dies unterbunden wurde, weiß ich auch nicht.

3. Der Ort war so gewählt, dass eine schnelle Ableitung des Autoverkehrs möglich war, weshalb sich die Wartezeit in Grenzen hielt.
4. Durch die Gestaltung eines „Wohnzimmers“ hinter der Blockade sollte verdeutlicht werden, dass es uns nicht um etwas Negatives, sondern etwas Positives geht: Die Stadt den Autos zu nehmen und den Menschen zurückzugeben, d.h. das Plus an Lebensqualität zu betonen, dass eine Verkehrswende mit sich bringen wird und was die Erfahrung aller Städte ist, die es bislang gewagt haben, Autos aus den Innenstädten zu verbannen.⁶
5. Selbstverständlich war, wie bei jeder Straßenblockade, darauf geachtet, dass einige Teilnehmende nicht angeklebt waren und deshalb bei Vorliegen eines medizinischen Notfalls die Blockade hätte geöffnet werden können.

In der Ermittlungsakte wird sodann unterstellt, dass die Autofahrer Ziel unserer Aktion gewesen seien. Das ist nicht zutreffend – ihre Behinderung war eine in Kauf genommene Nebenfolge. Dass die Verkehrswende und die verweigerten Sofortmaßnahmen Zentrum und Ziel unserer Aktion ist, machten wir in der Pressemeldung zum Aktionstag selbst deutlich. Dort heißt es:

Für das Recht auf Leben blockieren wir heute in Nürnberg den Altstadttring. Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, dazu gehört auch die Verkehrswende, um die es uns heute geht – siehe dazu das Fact Sheet Verkehrswende.

Um dies zu erreichen, haben die heute in der Blockade Engagierten viele Jahre lang versucht, Gesellschaft und Politik auf das Anwachsen dieser Probleme aufmerksam zu machen und zu entschiedenem Handeln zu drängen. Dabei haben sie festgestellt: Dies gelingt trotz aller Publikationen, Demonstrationen, Petitionen, Gespräche und Appelle nicht im angemessenen Ausmaß – siehe Fact Sheets zu Politikdefiziten in Deutschland, Bayern und Nürnberg.⁷

Und ich lasse mich dort wie folgt zitieren:

Friedliche Autobahnblockaden und die fatale, durch den Ukrainekrieg erkennbar gewordene, Abhängigkeit von fossilen Energien haben noch nicht die notwendigsten Erst-Maßnahmen wie eine Verkehrswende erwirkt, wo mit einfachen Mitteln viel Einsparungen möglich wären – etwa durch ein Tempolimit oder autofreie Sonntage.

Der volle Wortlaut der Pressemeldung ist der Einlassung angefügt (Anlage 4).

In unserer Blockade wurden wir bestärkt und legitimiert von einer Solidaritätserklärung, die von 17 deutschen Organisationen und 30 zum Teil prominenten Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft unterzeichnet wurde. Dort heißt es etwa:

Auch wenn wir Bedenken haben, ob Straßenblockaden ein geeignetes Mittel des gesellschaftspolitischen Dialogs sind, so verstehen wir doch, dass zunehmend Menschen sich an gewaltfreien Aktionen Zivilen Ungehorsams und Zivilen

⁶ Siehe z.B. <https://www.zeit.de/mobilitaet/2021-07/autofreie-innenstaedte-verkehrswende-strassenverkehrskonzept>

⁷ Die für diese Aktion erstellten und hier erwähnten FactSheets sind speziell für diese Aktion erstellt worden und sind auf der Aktionswebsite <https://www.joergalt.de/ziviler-ungehorsam/verkehrswende> zum Download eingestellt.

Sperrfrist bis 30. November 2023, 12 Uhr Mittags.

Widerstands beteiligen. Denn die üblichen Mittel wie Demonstrationen, Publikationen, Petitionen und Diskussionen haben es in den letzten Jahren nicht vermocht, Gesellschaft und Politik in angemessenes Handeln zu bringen.

Deshalb appellieren wir an Gesellschaft und Politik: Wer gewaltfreie Aktionen Zivilen Ungehorsams und Zivilen Widerstands nicht gut findet, möge gerade deshalb die Warnungen der Wissenschaft ernst nehmen und dazu beitragen, dass Gesellschaft und Politik endlich daran gehen, die uns verbleibenden Zeitfenster angemessen zu nützen.

Der volle Wortlaut der Solidaritätserklärung ist der Einlassung angefügt (Anlage 5)

Des Weiteren wurde unser Protest von einer internationalen Solidaritätserklärung unterstützt, die 44 Partnerorganisationen der Jesuiten aus dem Globalen Süden unterzeichnet haben. Dort heißt es:

In Anbetracht der Tatsache, dass Konferenzen, Veröffentlichungen, Briefe und andere Formen der Fürsprache keinen angemessenen Wandel herbeiführen konnten, begrüßen wir Formen des gewaltfreien zivilen Ungehorsams und zivilen Widerstands als Mittel und Aktionen, die die Medien, die Öffentlichkeit sowie die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik zwingen, innezuhalten und über den Kurs nachzudenken, auf dem wir uns befinden, und über die Maßnahmen, die wir treffen müssen.

Wir fordern die deutsche Regierung auf, die Warnungen und Ratschläge der Wissenschaft mehr zu beherzigen als die Warnungen und Ratschläge der Lobbyisten privater und unternehmerischer Vermögensbesitzer.

Der volle Wortlaut der Solidaritätserklärung ist der Einlassung angefügt (Anlage 6).

Damalige Handlungsrechtfertigung besteht noch heute

Der Fortgang der Debatte zum Umgang der Bundesregierung mit dem Klimagesetz zeigt, dass meine und unsere Entscheidung richtig und gerechtfertigt war und bis heute ist:

Nur wenige Tage nach unserer Blockade stellte der Sachverständigenrat Klima dem „Sofortprogramm“ von Bundesminister Wissing ein vernichtendes Urteil aus. In der Pressemeldung zur Evaluation des Programms bescheinigt der Sachverständigenrat, Minister Wissings Vorlage sei „schon im Ansatz ohne hinreichenden Anspruch.“⁸

Was den SPIEGEL tags darauf schreiben ließ: „Ist das noch schlechter Klimaschutz – oder schon Arbeitsverweigerung?“⁹

Dass es bei Volker Wissing und der FDP um das Prinzip, um vorsätzliche Politik geht, belegt das europäische Ringen um das Verbot von Verbrennermotoren: Nachdem die 27 Mitgliedstaaten der EU bereits im Oktober 2022 dazu eine prinzipielle Einigung hatten, musste die Abstimmung darüber auf

⁸ Pressemeldung und Bericht vom 25.8.2022, siehe <https://expertenrat-klima.de/news/news-veroeffentlichung-des-pruefberichts-zu-den-sofortprogrammen-2022-fuer-den-gebaeude-und-verkehrssektor/>

⁹ <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/volker-wissings-sofortprogramm-ist-das-noch-schlechter-klimaschutz-oder-schon-arbeitsverweigerung-a-18ae22f8-09f7-4dc2-9dd0-2640d58cd0b1>

Sperrfrist bis 30. November 2023, 12 Uhr Mittags.

Drängen der FDP verschoben und die Beschlüsse „nachgebessert“ werden, um die von der FDP verteidigten E-Fuels unterzubringen.¹⁰

Ähnlich bremst die FDP jegliche Diskussion über die Verwendung von Energie-Subventionen aus, es fließt nach wie vor deutlich mehr Geld in die Straße als in die Schiene, im Zentrum steht nach wie vor der motorisierte Individualverkehr und nicht der Öffentliche Personennahverkehr. Aufgrund von alledem ist auch keine schnelle Veränderung zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, was 60 Verfassungsrechtler am 31. August 2023 in ihrer Erklärung „Für eine völker- und verfassungsrechtskonforme Klimaschutzpolitik“ vortragen: Dort warnen sie zunächst davor, dass durch das Aufweichen der Sektorziele „die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts in Gefahr“ seien und fahren fort:

Die Auseinandersetzungen und fachwissenschaftlichen Debatten zum Klimaschutz werden derzeit von Diskussionen über bestimmte Protestformen, wie z.B. Straßenblockaden, überlagert. Dabei (schützt) das Versammlungsrecht auch Protestformen, die disruptiv wirken und von der Mehrheit als Störung empfunden werden. Vor allem aber lenken diese Debatten von den dringend nötigen Auseinandersetzungen über die konkrete Umsetzung der verfassungs- und völkerrechtlichen Klimaschutzpflichten ab.

Vor diesem Hintergrund fordern wir ... die gesetzgebenden Organe des Bundes auf, das Klimaschutzgesetz nicht abzuschwächen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein effektives Klimaschutzprogramm mit ausreichenden Maßnahmen zur Einhaltung der Klimasziele und damit der völker- und verfassungsrechtlichen Verpflichtungen zu beschließen.¹¹

Historische Krise und historische Verantwortung

Sehr geehrter Richter Pucher,

wir leben in Zeiten eines in der Menschheitsgeschichte nie dagewesenen Notstands. Wir sind gerade dabei, die Überlebensgrundlagen der Menschheit und die Grundlagen unseres zivilisierten Zusammenlebens zu verspielen. In der sechsseitigen Synthese tausender Seiten hochwissenschaftlicher Fachdiskussion für die Vertreter der Politik, sagt der Weltklimarat im Juli 2023:

Der Klimawandel ist eine Bedrohung für das menschliche Wohlergehen und die planetare Gesundheit (sehr hohes Vertrauen). Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schließt sich rapide (sehr hohes Vertrauen). (...)Die in diesem Jahrzehnt getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Maßnahmen werden sich jetzt und für Tausende von Jahren auswirken (hohes Vertrauen).¹²

2023 dürfte das heißeste Jahr seit 125.000 Jahren werden,¹³ und auch Nürnberg spürte dieses Jahr die Auswirkungen von Extremwetter bei der Überflutung der Innenstadt am 17.8.2023, ein Jahr und ein Tag nach unserem Protest vor dem Nürnberger Hauptbahnhof. Wetterextreme dieser Art werden

¹⁰ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/verbrenner-aus-eu-fdp-abstimmung-100.html>

¹¹ <https://verfassungsblog.de/fur-eine-volker-und-verfassungsrechtskonforme-klimaschutzpolitik/>

¹² S. 4 von https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf

¹³ <https://www.tagesschau.de/ausland/klimawandel-hitze-extremwetter-100.html>

Sperrfrist bis 30. November 2023, 12 Uhr Mittags.

zunehmen. Eine Gesellschaft, die während der Corona-Pandemie schon Risse zeigte, weil Toilettenpapier und Nudeln knapp wurden wird erst recht hässlich reagieren, wenn Lebensmittel und Trinken insgesamt knapp werden und mit einer wachsenden Zahl an Zuwanderern geteilt werden müssen.

Wir haben jetzt noch die Wahl: Wählen wir den Weg der Anpassung an den Klimanotstand „by design“, also mit noch möglichen angemessenen gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen? Oder werden wir in absehbarer Zeit dazu gezwungen „by disaster“, also durch die von uns sehenden Augen heranwachsenden Katastrophen?¹⁴

Ich möchte in einem Land leben, in dem meine Regierung sich an Verträge, Gesetze und höchstgerichtliche Rechtsprechung hält sowie entsprechend ihrem Amtseid handelt, den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm fernzuhalten.

Stattdessen lebe ich in einem Land, in dem die Regierung aufgrund der zahlreichen Kommissionen, die sie beraten sehr wohl um den Ernst und die Dringlichkeit der Lage weiß, aber statt angemessen zu handeln lediglich die Gesetze so lange ändert, bis ein handlungsunwilliger Bundesminister, der gegen Recht und Gesetz verstößt, sich wieder auf dem Boden der Legalität befindet. Und dies trotz aller Kritik der Zivilgesellschaft, NGOs oder juristischen Experten, die etwa in der Anhörung am 8.11.2023 zu der fraglichen Gesetzesänderung geäußert wurde.¹⁵

Den Naturgesetzen und Molekülen sind solche Verrenkungen egal: Schließen sich die noch verfügbaren Handlungsfenster, wird es „für Tausende von Jahren“ zu spät sein.

Das bringt mich zu der zwingenden Schlussfolgerung: Auch 15 Monate nach meinem Protest vor dem Nürnberger Hauptbahnhof sind die Rechtfertigungsgründe für meine damalige Handlung gültig.

Es war meine Babyboomer-Generation, die das Entstehen dieses Klimanotstands zugelassen bzw. nicht verhindert hat. Ich fände es angesichts der bereits in weiten Teilen der Welt katastrophalen Lage und der sich schließenden Handlungsfenster unredlich, die absehbaren Folgen und Konsequenzen auf die kommenden Generationen zu schieben – ganz im Sinne des „Klimaurteils“ des Bundesverfassungsgerichts.

Deshalb erachte ich Akte des Zivilen Ungehorsams und Widerstands weiterhin als zielführend, alternativlos, geboten und angemessen, um Politik und Gesellschaft auf den sich verschärfenden Klimanotstand, die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen und den möglichen Zusammenbruch unserer Zivilisation aufmerksam zu machen.

Deshalb berufe ich mich auf den rechtfertigenden Notstand gemäß § 34 Strafgesetzbuch, wo es heißt:

Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

Dass alle anderen versuchten und bekannten Mittel angesichts der schon bestehenden Notlage und der schrumpfenden Handlungsfenster versagen habe ich hoffentlich verdeutlichen können. Ich weiß nichts Besseres als Zivilen Widerstand und ich pflege jedem, der mich kritisiert oder verurteilt, zu

¹⁴ Siehe hierzu das unübertroffene Buch von Jonas Schaible (2023) Demokratie im Feuer. SPIEGEL Verlag

¹⁵ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw45-pa-klimaschutz-klimaschutzgesetz-974134>

Sperrfrist bis 30. November 2023, 12 Uhr Mittags.

sagen: Wer mir etwas nennt, das besser funktioniert als das, was ich Jahrzehntlang ohne angemessenen Erfolg versuchte oder die Blockaden zu ersetzen vermag: Ich bin bereit, es sofort zu tun.

Sehr geehrter Richter Pucher,

heute beginnt in Dubai die 28 Klimakonferenz. Dort wird Papst Franziskus erwartet, der in *Laudate Deum* bereits die Politik in sehr deutlichen Worten aufgefordert hat, ihren Job zu machen. Und der radikalen Klimaprotest verteidigte, indem er sagt:

Auf Klimakonferenzen ziehen die Aktionen von sogenannten „radikalisierten“ Gruppen oft die Aufmerksamkeit auf sich. In Wirklichkeit füllen sie jedoch eine Lücke in der Gesellschaft als Ganzer, die einen gesunden „Druck“ ausüben müsste.¹⁶

Schlussbemerkung zu den persönlichen finanziellen Verhältnissen

Noch eine Schlussbemerkung betreffend meine persönlichen Verhältnisse: Ich gehöre seit 42 Jahren dem Jesuitenorden an und habe deshalb unter anderem das Gelübde der Armut abgelegt. Das heißt, ich habe keine eigenen finanziellen Einkünfte. Meine Ordensgemeinschaft stellt meinen Lebensunterhalt sicher. Die Begleichung von Geldstrafen fällt nicht hierunter, zumal es meinem Verständnis entgegenliefe, wenn mein Orden hier für mich finanziell einträte, auch und gerade, weil dies eher nicht im Sinne vieler Förderer, Freunde und Unterstützer wäre, die den Orden, seine Projekte und Werke finanziell unterstützen.

¹⁶ Nr. 58 von *Laudate Deum*, siehe https://www.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/20231004-laudate-deum.html